Dies klingt nach einer bunten Zusammenstellung, aber wie so vieles, sind auch diese Themen irgendwie verflochten, da sie alle im weitesten Sinne mit Manipulation und der Besetzung von Begriffen zu tun haben. Obwohl das Phänomen nicht neu ist, muss man als Leser/Konsument immer mehr aufpassen und sich immer fragen, was die Schreibenden vielleicht beabsichtigen könnten, und dies mit den eigenen Erfahrungen abgleichen. So können und sollten die werten Leser auch an die folgenden und sonstigen Texte auf den NachDenkSeiten herangehen, aber das ist ja wahrscheinlich selbstredend.
Zusammengestellt von **Moritz Müller**.

1. Leserbrief zu "München. Stehende Ovationen für Merkel. Für was denn? Von wem denn?"

Sehr geehrter liebe Herr Müller!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Einschätzung der Merkelschen MSK-Rede. Sie bot in der Tat nichts als den Inbegriff derjenigen Aufrüstungs- und Feldzugspläne, garniert mit den abstrusesten Verschwörungstheorien, die uns das ganze Wochenende vom gesamten Mainstream um die Ohren gehauen wurden. Den Gipfel erklomm dabei wieder einmal der WDR-„Presseclub" (Dlf-„Kontrovers" konnte ich mir heute Vormittag nicht mehr antun; es sollte mich schwer wundern, wenn dort substantiell etwas anderes zu hören gewesen wäre). Am lautesten krakeelten dabei die üblichen Verdächtigen, die Vertreter von „Welt" und „Spiegel" – gar mit der Behauptung, die Rußländische Föderation würde (West-)„Europa" seit Jahrzehnten „atomar bedrohen", also mit einem Erstschlagsszenario (wie es eher umgekehrt seit den 80er Jahren von Washingtoner Falken für Europa angedacht wird).

Die legitimen (Sicherheits-)Interessen Rußlands spielen nicht einmal mehr pro forma eine Rolle; man fordert knallhart den Aufbau einer EU-Aggressionsstreitmacht für globale Interventionen, natürlich nuklear bestückt (man hört heraus: Taktisch-nuklear, erstschlagsfähig), um nicht auf die Trumpsche Unzuverlässigkeit angewiesen zu sein (Moskau-Marionette!) – jedenfalls bei denjenigen imperialen Vorhaben, die vor allem westeuropäischen Interessen nützen.

Eine Frau Sauerbrey vom Tagesspiegel erklärte China gleich mit zu einer raketenfuchtelnden Zwergennation ohne jedwede ökonomische Bedeutung. Die Spiegel-Vertreterin brüstete sich mit dem Propaganda-Erfolg: Dank ihres und des restlichen Maintreams jahrelangen Trommelfeuers wären jetzt immerhin schon 43% der Bundesbürger einer Militarisierungs- und Hochrüstungspolitik „nicht mehr grundsätzlich abgeneigt".

Kurzum: Die Narration wird immer plakativer und dabei immer lächerlicher. Der pöhse Ruß'

wird, wenn wir ihn nicht mit starker Faust daran hindern (und z.B. die europäische Infrastruktur panzertauglich ausbauen), schon morgen früh bis an den Atlantik durchmarschieren und uns alle zu unterdrückten Kreml-Sklaven machen. Weil das eben seine Natur, seine Art wäre. Denn irgendeine rationale Begründung, warum Moskau über seine eigenen Sicherheitsinteressen hinaus irgendjemanden westlich der Ostsee-Schwarzmeer-Linie „bedrohen" sollte, habe ich von diesen Herrschaften noch nirgendwo gehört. Die Motive zu dieser Hetze werden also neben wirtschaftlichen Interessen durch Verflechtungen des Mainstream mit dem MIK in plattem Rassismus und Völkerhaß zu finden sein, wie er schon zu Tagen des Krim-Kriegs bei den westlichen Imperialisten und Zeitungsmachern tobte.

Interessant sind dieser Tage ja auch die allgegenwärtigen Versuche des Mainstreams, die heutige Ukraine 5 Jahre nach dem Maidan-Massaker zu einer Musterschülerin in Sachen Rechtsstaat, Bürgerrechte und Demokratie zu verklären, also den Maidan-Mythos zu einer Erfolgsgeschichte aufzublasen, die nur von den immer noch herrschenden „roten" (sozialistischen, pro-russischen) Alt-Eliten konterkariert würde. Innere Widersprüche bei dieser Erzählung interessieren die Herrschaften vom schreibenden Gewerbe nicht. Als Beispiele seien hier genannt der gestrige „Weltspiegel" und dieser grüne taz-Artikel, der einfach nicht verstehen kann, daß die Alt- und Neu-„Weißen", die sich (und alle grünen linksliberalen Maidan-Held*innen) da bekriegen, eben Teil der NEUEN „Eliten" sind, die 2014 vom Westen an die Macht geschossen wurden.

Die NachDenkSeiten bleiben auch dieser Tage einer der wenigen Lichtblicke, das gegen die tobende Mainstream-Propaganda und Kriegshetze anleuchtet.

Mit vielen herzlichen Grüßen,
Ihr Matthias Jehsert

---

2. Leserbrief zu "Frauen schuften für uns zum Lohn von ca. 13 Cent pro Stunde"

Hallo Nachdenkseiten,

während ich gerade Rainer Mausfeld lausche, erscheint ihr Artikel den ich sofort lese, wobei mich ein schlechtes Gewissen beschleicht.

So, so – und jetzt? Wer ist denn für diese skandalösen Strukturen tatsächlich verantwortlich? Wer vereinbart vertraglich die systematische Ausbeutung der Näherinnen?

Soll ich beim nächsten Bekleidungseinkauf an der Kasse den Kaufpreis verdoppeln, und die Kassiererin darum bitten den Mehrbetrag an die Näherinnen zu überweisen?

Wohl kaum!

Ich lebe seit ein paar Jahren in Mönchengladbach, früher DAS Textilproduktionszentrum inkl. Textilmaschinenfertigung in NRW, auch deutsches Manchester genannt.

Wurde alles geschlossen und die Arbeitsplätze dorthin verlagert, wo menschliche Arbeitskraft billiger zu haben ist bzw. lukrativer auszubeuten ist.

Wer ist für diese Prozesse verantwortlich?

Ehrbare Kaufleute sicherlich nicht, sondern profitgierige Fabrikanten/Manager, die ohne jede wirksame Beschränkungen durch die Politik ihr Unwesen trieben und treiben.

Eine Bekannte kaufte neulich eine Winterjacke einer bekannten Edelmarke für 160 €. Im Einnäher fand sie dann den Hinweis: Made in China.

Wer hat damit einen satten Profit eingefahren?

Noch eine schlechte Nachricht: Sobald die im Bericht erwähnten Näherinnen höhere Löhne erkämpft haben, werden sie erfahren, dass Mönchengladbach sich überall dort wiederholt, wo der neoliberale Kapitalismus sein Unwesen treibt und der Markt letztlich für die Menschen alles zum Schlechtesten regelt.

In der hiesigen Lebensmittelbranche verhält es sich ähnlich. Für die unerträgliche Massentierhaltung werden letztlich die Verbraucher/innen verantwortlich gemacht, nicht untätige und unfähige Politiker/innen sowie gierige Lebensmittelketten.

Das Spielchen funktioniert perfekt! Die Klima-Schülerstreiks werden in den nächsten Tagen disziplinarisch abgewürgt, wetten? Wo kämen wir sonst hin?

Parieren, konsumieren und “fun” sind die akzeptierten Aktivitäten, davon konnte ich mich am Samstag in Düsseldorf bei #aufstehen mit rd. 200 Teilnehmer/innen persönlich überzeugen.

Dazu ein kurzer (von Max Uthoff geklauter) Witz: Treffen sich 2 Linke und sind einer Meinung.

Herzliche Grüße
Adalbert Olma

Zu den aktuellen Auseinandersetzungen um die Verleihung des Göttinger Friedenspreises

3. Leserbrief

Hexenjagd. Göttingen.

Die *Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost* soll, so hören wir, in diesem Jahr den Göttinger Friedenspreis nicht erhalten. Die Initiative, so heißt es, unterstütze die BDS-Kampagne – Boycott, Divestment and Sanctions -, und diese Kampagne sei *antisemitisch*. Man kann über den politischen Zweck und den Sinn dieser Kampagne unterschiedliches denken. Der Verfasser z.B. lehnt sie für sich ab: zu nah scheint sie ihm, bei oberflächlicher Betrachtung, anderen Boykottaufrufen aus der deutschen Geschichte. Wohlgemerkt: bei flüchtigem Blick von außen. Wenn man sich auch nur wenige Minuten mit der Sache befaßt, so wird schnell der historische Bezugspunkt der Boykottbewegung deutlich. Ein Referenzpunkt ist die Boykottbewegung gegen das Rassistenregime in Südafrika, welche damals von der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung und dem ANC mit Nachdruck gefordert und unterstützt wurde, obgleich sie selbst davon unmittelbar betroffen waren. Von daher wird schnell deutlich, daß die gegenwärtige BDS-Bewegung nicht gegen *Israel* als einen demokratischen Staat gerichtet ist oder gar gegen *die Juden*, sondern gegen die rassistische Politik der gegenwärtigen rechtsextremen Regierung und gegen die systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung. Zugleich orientiert sie sich am Recht auch der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Ob diese Kampagne antisemitisch ist, darüber kann sich jeder selbst ein Bild machen, indem er sich mit den Webseiten der entsprechenden Organisationen oder wahlweise auch mit den Veröffentlichungen der *Jüdischen Stimme* auseinandersetzt. Man wird jedenfalls lange suchen müssen, um in unserer Welt von heute einen Konflikt zu fnden, bei dem ein Volk mit solcher Hartnäckigkeit seiner Rechte beraubt wird, der sich über einen solch langen Zeitraum hinzieht – mittlerweile sind es mehr als 60 Jahre – und bei dem die Politik der Unterdrückung und der Erniedrigung so systematisch straffrei bleibt, indem sie von den vier, fünf mächtigsten westlichen Staaten bedingungslos unterstützt wird.

Die Substanz und der Kern des Konfliktes ist die Besatzung, die Vertreibung vieler Hunderttausender von Menschen, die Entrechtung und der Landraub. Es geht bei diesem

Konflikt nicht um `Sicherheit´ der einen, angeblich allseits bedrohten Seite. Wirkliche Sicherheit müßte ja etwas zweiseitiges sein. Es geht bei diesem Konflikt im Kern um das politische Ziel eines Großisrael und der Einverleibung der besetzten Gebiete. Dies ist keineswegs die geheime Absicht der gegenwärtig in Israel regierenden rechtsextremen und nationalreligiösen Kreise; es ist vielmehr deren in diversen Publikationen und Büchern offen dargelegte `Utopie´. Entrechtung und Vertreibung sind mit dieser schlechten Utopie untrennbar verbunden. Ein gerechter Frieden, in dem beide Seiten zu ihrem Recht – und Land – kommen, wäre innerhalb dieser Vorstellungswelt der GAU. Untrennbar mit dieser Politik verbunden ist auch ein grandioser medialer, propagandistischer und politischer Aufwand, mit dem versucht wird, Kritik an dieser Politik zu beschädigen, zu diffamieren und zu eliminieren. Das betrifft keineswegs nur die BDS-Kampagne, sondern z.B. auch die Organisation *Breaking the Silence*, in der israelische SoldatInnen von ihren Einsätzen und Erfahrungen berichten, es betrifft die Nakba-Ausstellungen zur Vertreibung der PalästinenserInnen Ende der 40er Jahre oder eben auch *die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden*.

Das Hauptvehikel, um Kritik abzuwürgen, ist dabei der Vorwurf des Antisemitismus. *Berechtigte Kritik an Israel ist selbstverständlich erlaubt*, schreit man uns entgegen. Lediglich Kritik, die in Wahrheit nur die Maske des Antisemitismus sei – die sei nicht erlaubt. Fragt man dann nach, was denn eine *berechtigte Kritik* an Israel wäre, so erntet man Schweigen. So stellt sich heraus, daß es eine berechtigte Kritik an Israel gar nicht gibt. Jede Kritik, sobald sie sich *ausspricht*, ist unberechtigt und daher *antisemitisch*. Die israelische Rechte funktionalisiert, benutzt und gebraucht den Holocaust, um Kritik an ihrer Politik obsolet zu machen.

Der Weg des Friedens ist dem Weg des Krieges vorzuziehen, sagte Jitzhak Rabin, der frühere israelische Ministerpräsident. Er hatte sich für die Osloer Verträge mit den Palästinensern engagiert, die eine schrittweise Rückgabe der besetzten Gebiete vorsahen. Dafür bekam er, gemeinsam mit Yassir Arafat, den Friedensnobelpreis verliehen. Im November 1995 wurde er in Tel Aviv ermordet – keineswegs von einem Einzeltäter. Vorangegangen war der Tat eine extreme und entgrenzte Propagandakampagne, in der Rabin als `Nazi´ tituliert wurde, der `unser Land weggeben´ will. Unter Bezugnahme auf eine längst verstaubte Gesetzesvorschrift aus der Mischna wurde Jitzhak Rabin als ein `Rodef´ bezeichnet – ein Jude, der das Leben oder das Eigentum eines anderen Juden gefährde und den man deshalb töten müsse. Bevor Jigal Amir die tödlichen Schüsse auf den Ministerpräsidenten abgab, vergewisserte er sich bei seinem Rabbiner, ob Rabin tatsächlich ein `Rodef´ sei und also getötet werden müsse. Einer der Führer der Hetze und der politischen Kampagne gegen Jitzhak Rabin war Benjamin Netanjahu. Ein Rückzug auf die

Grenzen von 1967 war im Weltbild dieser Fanatiker ein *Rückzug auf die Grenzen von Auschwitz*.

Die jüdischen Schriften, das Pentateuch, die Mischna bzw. der Talmud, waren für Rabin die Inspirationsquellen für seine Politik der Aussöhnung. Der jüdische Begriff der Versöhnung hatte dabei eine wichtige Rolle. Die israelischen Rechten und die `Nationalreligiösen´ haben, ähnlich wie das der `Islamische Staat´ mit dem Koran tat, aus dem Heiligen Werk einen Kampfkodex gemacht, der hauptsächlich dazu dient, den Kampf gegen den Feind zu legitimieren. Mit dem Judentum als einer reichen und vielgestaltigen Religion hat die gegenwärtig in Israel herrschende Machtclique nichts zu tun. Auch die jüdischen Gemeinden in Deutschland – einst souveräne Vertretungen der Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land – wurden, mittels zahlreicher Auseinandersetzungen und zum Teil heftiger Personalkämpfe, mehr oder weniger zu Erfüllungsgehilfen und Außenposten des israelischen Außenministeriums degradiert. Evelyn Hecht-Galinski, die Tochter des früheren Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde und des Zentralrats der Juden in Deutschland, kann, inzwischen selbst eine Verfemte, zu diesen Vorgängen einiges sagen, ebenso wie Rolf Verleger, vormals ebenfalls Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland.

Zur Absicherung ihrer Politik bedient sich die israelische Rechte einer empörenden Gleichsetzung, die schlicht und einfach falsch ist, nämlich der Gleichsetzung: israelische Regierung = Israel = Judentum bzw. `die Juden´, so daß also, wer Netanjahu oder den neuen Außenminister Katz kritisiert, `das Judentum´ und `die Juden´ kritisert und also antisemitisch ist – *eindeutig antisemitisch* oder *unzweiifelhaft antisemitisch*, wie es gemäß der stereotypen Sprachregelung heißt . Denn Zweifel, Einspruch oder Fragen sind nicht erlaubt. Der Gebrauch dieser Gleichsetzung funktioniert primär über Einschüchterungen und *Angriffe gegen Einzelpersonen*. Das ist immer das Kennzeichen rechter und rechtsextremer Politik: Einzelpersonen oder Gruppen von Personen werden bekämpft; nicht eine politische Struktur oder gesellschaftliche Verhältnisse werden bekämpft, sondern Einzelpersonen werden an den Pranger gestellt und geext. Wesentlich läuft dies über Einschüchterungen, Drohungen und das Strippen ziehen hinter den Kulissen.

Vielen ist nicht klar, wie sehr auf diese Weise das geistige Klima in unserer Stadt und darüber hinaus schon zusammengeschrumpft ist. Die schnellen Reaktionen des Oberbürgermeisters und der Unipräsidentin, die dafür plädieren, den Preis jetzt lieber nicht zu verleihen, legen dafür ein trauriges Zeugnis ab. In München gibt es bereits einen Stadtratsbeschluß, demgemäß eine Diskussion über die BDS-Kampagne in städtischen Räumen untersagt wird. Wohlgemerkt: nicht die Propagierung eines Boykottaufrufs in öffentlichen Räumen wird untersagt, sondern *jegliche Diskussion darüber*. Auf diese Weise

kann dann jede (unliebsame) Veranstaltung zu Israel/ Palästina verboten werden, weil ja *nicht ausgeschlossen werden kann, daß dabei BDS zur Sprache kommt*.

Gegen ein solches Verbot gibt es nur eines: man muß über BDS diskutieren – und zwar unabhängig davon, was man darüber denkt. Bei einer solchen Diskussion kämen dann – möglicherweise – auch Themen wie Besatzung, Militärgewalt, Zerstörung von Olivenhainen und dergleichen mehr zur Sprache, die ja den Ausgangspunkt der BDS-Kampagne bilden. Und genau das soll durch das Verbot verhindert werden. Öffentlichkeit hat etwas mit offen zu tun. Und wer in einem offenen Geistesklima leben möchte und darüber hinaus anerkennt, daß Menschenrechte und Sicherheit für alle Beteiligten gelten und nicht nur für eine Seite, der wird sich gegen solche Geisteszumutungen zur Wehr setzen – statt den Bückling zu markieren, was leider so oft geschieht. Courage bedeutet in diesem Fall, nicht mitzuschreien, sondern den oktroyierten Zwang zum Verdikt zurückzuweisen. Denn Haß ist dort, wo die Zuschreibung sich der Diskussion und der Reflexion verweigert.

Stefan Schmitt

Hierzu auch, angefügt von Moritz Müller.

Leserbriefe zu "Wer den Zustand der ARD beschönigt, wird ihre Glaubwürdigkeit noch weiter beschädigen"

4. Leserbrief

Guten Tag Herr Müller,

ein großartiger, aufklärender Beitrag zum Thema Meinungsmache und Volksverdummung durch öffentlich-rechtliche Medien!

Es wäre doch Aufgabe der Kontrollgremien, die es ja gibt, das Thema aufzunehmen, aber dort sitzen ja die Verantwortlichen für den Niedergang der öffentlich-rechtlichen Medien. Denken Sie nur an die unselige Tätigkeit eines Kurt Beck. Ich sehe keine Besserung, eher das Gegenteil.

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Riegel

---

5. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Analyse der "Leistung" der ARD durch Herrn Müller halte ich für absolut zutreffend.

Ich bin einer von denen, die den Fernseher nicht mehr einschalten. Die Propaganda ist unerträglich. Dank dagegen den "Nachdenkseiten".

Mit freundlichem Gruß,
H. Polster

---

6. Leserbrief

Zur Framing Studie über die ARD

„Garantiert lanolinfrei"

Die grundlegend falsche gelegte Basis des Bemühens um eine positive Wahrnehmung der ARD ist die Annahme, die Bürger würden von *„unserem"* Rundfunk reden: wir *„ermöglichen uns"* einen *„gemeinsamen, freien Rundfunk"*. Diese Entscheidung wird *„von uns getragen"*. Das Programm wird *„von uns gestaltet"* . Die ARD *„existiert einzig und allein für uns"* usw.

Würden die Menschen das empfinden, was nach dieser Anleitung (als neues Framing , als „Gehirnwäsche)) auf uns wohl zukommen wird, bräuchten wir diese Untersuchung nicht!

"Sondern, die ARD ist die Gesellschaft: Wir sind Ihr! Es handelt sich bei der ARD und den Bürgern nicht um getrennte Entitäten"

Man fragt sich, ob hier ein Programm für das Kabarett entworfen wurde.

Die Taktik ist klar: Man hat sich kritische Studien über den Öffentlichen Rundfunk angesehen und stets das Gegenteilige, sozusagen positiv, formuliert. Die Macher dieses Werkes sehen da ja auch:

"Durch den Begriff wird Distanz (Öffentlichrechtlich) geschaffen zwischen Bürgern und

ARD – welcher Bürger sieht sich schon als „Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ oder gar als „Teil einer öffentlichrechtlichen Anstalt“? Die so geschaffene Trennung befeuert das Framing der ARD als „elitärer Gegenspieler des normalen Bürgers“ und als „Selbstbedienungsladen des Politik und Medienadels“ ebenso wie dasjenige der ARD als den Bürger auf Linie bringenden „Staatsfunk“.

Der Begriff schafft Distanz!! Neusprech und schon ist alles in Ordnung. Dann brauchen wir an der Programmgestaltung, an einer wirklich demokratischen Aufsichtsratszusammensetzung, an den Berichten und den Nachrichten nichts mehr zu ändern.

Was zählt denn ein Rundfunkgesetz, was zählen Urteile, wie Informationen zu vermitteln sind. Wer wird denn von einem mündigen Bürger faseln. Wir (die ARD-Macher) brauchen freie Hand. Wenn das nicht gelingt: Neusprech! (Vielleicht haben wir das in der Schule nicht gelernt; „ framed“, heißt auch: „verleumdet“!)å

Alles in Butter: Die Bürger spinnen, weil falsche Begrifflichkeiten gewählt wurden. Einen Herrn Griffke wird’s gefallen und den Politikern allemal.

“Denn ein Rundfunk, der von allen finanziert wird, der ist auch für alle da…bis hin zu allen, die wissen und sich darauf verlassen, dass jeden Abend um 20 Uhr an der Tagesschau die Filterbubble zerplatzt.”

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: an der Tagesschau zerbarst die Filterblase. Die Herren Klinkhammer, Bräutigam und all die anderen, die so unermüdlich in die täglichen Blasen stechen, leiden unter Halluzinationen.

Dieses Maunal unter Federführung von Frau Wehling erinnert mich an etwas, das mein Freund über seinen Vater erzählte. Da nach dem Krieg nicht verfügbar, aber eigentlich unerlässlich, kreierte er für die Schuhcreme den Claim: „Garantiert lanolinfrei.“

Joachim Groß

---

7. Leserbrief

Danke lieber Herr Müller, für diesen Beitrag über die Öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Für sehr irritierend halte ich die Aussage, dass der ÖR über eine moralische Haltung verfüge und wir, die Zuschauer sollten sich mit diesen moralischen Weltanschauungen natürlich auch identifizieren können.

Wenn Moral schon vorgeschrieben wird, oder behauptet wird, dieser oder jene Sender arbeite aus einer natürlich für alle gültigen Moral heraus, dann – denke – ich sind wir ganz weit weg vom Pluralismus, bzw. der Vielgestaltigkeit der menschlichen Weltanschauungen und Meinungen und ganz, ganz nah an dem, was die Nazi-Propaganda immer wollte: EINE Moral für Alle. Und wie diese Moral zu sein hat, bestimmte damals der Diktator Adolf Hitler und seine Helfershelfer aus Politik und Wissenschaft.

Und heute? Ich denke, dass sich da nicht viel geändert hat. Man nennt das Kind anders und verschweigt, dass die Journalisten, die in die Chefetage wollen, ganz dick mit den amerikanischen Think Tanks verbunden sein müssen, doch nicht nur die, sondern alle, damit immer sich gestellt ist, dass die amerikanische politische Meinung unters Volk gebracht wird, zumal unsere Bundeskanzlerin – als Marionette von Amerikas Gnaden – auf eine für sie gute Presse angewiesen ist. Journalismus ist eine Profession, die immer auch einen öffentlichen Auftrag hat und frei sein muss von allen politischen Dogmen und Vorstellungen, was derzeit eben nicht mehr der Fall ist. Merkel hat zig-mal die Leit-Medien-Chef-Journalisten ins Kanzleramt eingeladen und beten, im Sinne der Regierung zu schreiben. Hat da jemand einen großen, öffentlichen, demokratischen Aufschrei gehört?! Ich nicht!

Insofern ist dieses „Framing Manual“ genau das, was es auch bei den Nazis schon gegeben hat: Interne Hinweise und Richtlinien, wie Journalisten zu arbeiten haben und die Nutzer so besoffen zu reden oder zu schreiben, dass sie nicht merken können, dass sie in Wahrheit einer riesengroßen Propagandamaschinerie ausgesetzt sind, die nach Krieg und kriegerischen Auseinandersetzungen nur so trieft.

Beste Grüße
Karola Schramm

---

8. Leserbrief

Die Nachdenkseiten sind da stark, wo sie uns täglich die sonst im Extremismus der Mitte untergehenden, wenigen die Perspektive von unten einnehmenden Medien zusammenstellen.

Die ergeben ein differenziertes Bild darüber.

Die Eigenbeiträge der Redaktion und der Herausgeberschaft bündeln zwar oft gut gegen die Medien , die aus der Interessenlage von oben berichten. Dabei finde ich die Kritik an den ö.-r. Medien durch Albrecht Müller oft zu einseitig. Zu monomanisch. Ein Tag ntv, rtl oder sat1 zeigt den massiven Unterschied. Ohne ARD und z.T ihre guten Regionalprogramme wäre die Nachrichtenlage noch katastrophaler. Auf das ZDF und ihre Nachrichten und ihr gesamtes sonstige Programm trifft das eher öfter zu. Aber auch hier ist etwa bei Illner durchaus gelegentlich Interessantes zu Hintergrpnden zu erfahren.

Also differenziert links wie im Konzept angelegt , das reicht. Zu pauschale Medienschelte ist kontraproduktiv.

Dietich Horstmann

---

9. Leserbrief

Werter Herr Müller!

Zu den von Ihnen angeführten Mängeln des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks, kam aus meiner Sicht, heute in der Tagesschau ein Weiterer hinzu. Es wurde über den Wegwurf von Lebensmitteln berichtet. Man verstieg sich zu der Aussage, dass der überwiegende Teil der Lebensmittel in privaten Haushalten vernichtet würde. Frei nach dem Motto, “Es solle ja keiner mit Steinen werfen, wenn er im Glashaus sitzt!”, wird dem Bürger das kritische Denken zu unserer Wegwerfgesellschaft ausgetrieben. Ich möchte auch in Zweifel stellen, dass der überwiegende Teil der Lebensmittel in privaten Haushalten vernichtet wird. Wenn ich mir allein das Überangebot in der Lebensmittelbranche ansehe, kommen mir da arge Zweifel. In dem Beitrag wurde auch das Thema Containern angesprochen und es gab kritische Stimmen welche den Widerspruch aufzeigten, dass Containern bestraft wird, nicht aber das Wegwerfen von “abgelaufenen” Lebensmitteln. Mit der Bemerkung, “Es wird aber weiterhin dabei bleiben, dass das Containern bestraft wird”, schloss der Beitrag. Für mich wird hier manipulativ, der “Schwarze Peter” von der Industrie auf den Verbraucher abgeschoben.

Mit frdl. Grüßen
Ralf Matthias, Hannover

Zu Gelbwesten

10. Leserbrief

Liebe NDS-Redaktion,

es sind nicht die Rüpeleien Einzelner, nicht die Steinewerfer und "psychopathischen Berufsrandalierer", die die Demokratie gefährden – das sind "normale" Kriminelle und Rechtsbrecher – wer hier die Demokratie gefährdet, ist eine übergeschnappte Obrigkeit, die in der Maßlosigkeit ihres selbstherrlichen Machtanspruches eine Handvoll von Gewaltätern begierig als Vorwand nutzt, um die Masse der gewaltlos Demonstrierenden zu verleumden. Damit wollen sie sich, zumindest vordergründig, der Pflicht entziehen, sich deren Argumente anzuhören. In schönen Wahl- und Sonntagsreden werden durch Politiker "die Werte unserer Demokratie" wie eine Monstranz vor sich hergetragen, wenn der Bürger aber den Mund aufmacht und durch Demonstrationen und Protestaktionen kundtut, was ihm in seiner Mündigkeit an den gesellschaftlichen Verhältnissen missfällt, ist der Staatsmacht jedes Mittel recht, ihn mundtot zu machen. Mittels haarsträubender gesetzlicher Neukonstruktionen werden dann die Demonstranten auch noch mit Terror-Aktivisten gleichgesetzt.

Mit lieben Grüßen
Michael Wrazidlo